



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/43 - 20,2.54

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21831-33

Fernschreiber 039890

Bundesrat und Personalvertretung	S. 1
Die SPD - von Kanada aus gesehen	S. 3
Die vergessene Sozialreform	S. 4
<u>Anhang</u> : Entschliessung des Parteivorstandes zur Berliner Ausseminister-Konferenz	

Neuer Kampf um die Mitbestimmung

F.B. Die antsmüden Personalvertretungen im öffentlichen Dienst werden auch nach dem 31.März 1954 im Amt bleiben müssen, weil bis dahin keine Möglichkeit besteht, daß das Personalvertretungsgesetz verabschiedet werden könnte. Letzter Termin ist jetzt der 31.Dezember 1954, denn bis dahin soll spätestens die Legislaturperiode verlängert werden.

Der Bundesrat hat in seiner letzten Sitzung diesen Beschluß gefaßt, und er hat sich auch nochmals mit dem Gesetzentwurf über die Personalvertretung in den öffentlichen Verwaltungen und Betrieben (Personalvertretungsgesetz) befaßt, nachdem die Kontinuität des Bundesrates nicht bejaht worden ist. Das heißt, der Bundesrat hat genau den gleichen Gesetzentwurf beraten, der ihm im Jahre 1952 schon einmal vorlag. Und er hat im wesentlichen die gleichen Einwendungen gegen dieses Gesetz erhoben, daß, wenn es nach dem Willen der Bundesregierung gehen würde, weit hinter das Betriebsrätegesetz von 1920 zurückgehen soll.

Dieses Betriebsrätegesetz von 1920 sah die einheitliche Betriebsvertretung für alle Arbeiter, Angestellten und Beamten vor. Das NS-System hat dann die völlige Trennung der Arbeitnehmer der freien Wirtschaft von den Arbeitnehmern der sogenannten Hoheitsverwaltungen und öffentlichen Betriebe gebracht. Daher wurde das

Kontrollratsgesetz Nr. 22 allseitig begrüßt, weil es ohne jeden Vorbehalt ein einheitliches Betriebsverfassungsgesetz für Angestellte, Arbeiter und Beamte brachte. Viele Länder sind nach 1945 auch in ihrer eigenen Gesetzgebung diesen Weg gegangen.

Heute will die Bundesregierung das Rad der Geschichte zurückdrehen und verlangt im Paragraphen 15 ihrer Vorlage, daß die Beamten, Angestellten und Arbeiter ihre Vertreter je in getrennten Wahlgängen bestimmen und die Wahl nach dem Modus des Proporz erfolgt. Der Bundesrat wollte 1952 - und er hat diesen Beschluß in seiner letzten Sitzung wieder bestätigt - daß Beamte, Angestellte und Arbeiter die Betriebsvertretung gemeinsam wählen, es sei denn, daß eine Gruppe in getrennter geheimer Abstimmung die Gruppenwahl beschließt. Die Begründung, die der Bundesrat für seinen damaligen und jetzigen Beschluß gibt, ist einleuchtend, denn es muß zum Beispiel einem Angestellten einer Dienststelle unbenommen sein, auch einen Beamten oder Arbeiter seines Vertrauens zu wählen und umgekehrt. Auch der Auffassung des Bundesrates, nach dem Persönlichkeitsrecht zu wählen, ist beizupflichten, denn die Mitglieder der Personalvertretung sollen wegen ihrer menschlichen Qualitäten gewählt werden, während eine Verhältniswahl zwangsläufig dem Gruppenegoismus Vorschub leistet oder zu einer Politisierung der Wahl führen kann. Der Bundesrat hat mit diesen Beschlüssen im Grunde genommen nur das getan, was die CDU im Jahre 1949 auch vertrat, als sie in ihrer Drucksache Nr. 970 ein einheitliches Betriebsverfassungsrecht für alle Angestellten, Beamten und Arbeiter forderte. Damals war es ja aber auch noch gestattet, vom Ahlener Programm offen zu reden.

Aber von diesen Differenzpunkten zwischen Bundesregierung und Bundesrat abgesehen, bleibt bestehen, daß das Personalvertretungsgesetz, das jetzt auch der Bundestag bald behandeln wird, im Grunde genommen ein Ausnahmegesetz gegen den öffentlichen Dienst ist. Dieser Gesetzesentwurf sieht keinerlei Mitbestimmung vor, er vermeidet eigentlich das Wort "Mitbestimmung", die Personalvertretung soll nur "gehört" werden, sie darf "mitwirken", und ihre Mitbestimmung bezieht sich auf einige Wohlfahrtseinrichtungen und Kantinenangelegenheiten. Diese wenigen Rechte werden dann auch noch den Gruppen des öffentlichen Dienstes entzogen, die kaserniert untergebracht sind.

Die Beschlüsse des Bundesrates in seiner letzten Sitzung haben zwar einige Verbesserungen gebracht, der Kampf um dieses Gesetz, der Kampf um das Mitbestimmungsrecht der öffentlich Bediensteten, wird aber erst in voller Schärfe im Bundestage entbrennen.

Europa braucht eine deutsche LinksparteiBemerkenswerte kanadische Stimme über die Rolle der SPD

In der kanadischen Zeitschrift "International Journal" veröffentlichte Edgar McInnis, der Präsident des Kanadischen Institutes für Internationale Politik, unter der Überschrift "Adenauers Deutschland" dieser Tage einige Eindrücke seines Deutschlandbesuches, den er auf Einladung des Bundespresseamtes im letzten Herbst machte. "Trotz ihrer Wahlniederlage", führt der Verfaesser aus, "muß darauf hingewiesen werden, daß die SPD weiterhin eine äußerst wichtige Rolle im deutschen politischen Leben spielt. Die Aussonderung der Splitterparteien und die Bewegung in Richtung auf ein Zweiparteiensystem haben auf die Opposition ebenso Einfluß, wie auf die an der Macht befindliche Partei. Die Sozialdemokratische Partei bildet praktisch die einzige mögliche Alternative gegenüber der gegenwärtigen Koalition. Sie bildet im Moment die Alternative, der sich die Wählerschaft zuneigen könnte, wenn sie von der gegenwärtigen Regierung enttäuscht würde. Aber sie muß eine realistische Alternative sein, die über ein angemessenes Maß von Vertrauen verfügt, wenn das Wiedererstehen von mehr extremen Parteien vermieden werden soll. Eine gemäßigte Linkspartei ist im Interesse deutscher Stabilität und europäischer Ruhe äußerst wünschenswert".

Zur Frage der deutschen Wiedervereinigung sagt McInnis: "Nicht alle Deutschen scheinen zu denken, daß Wiedervereinigung ihnen greifbare Vorteile bringen würde. Das wirtschaftliche Gleichgewicht hat sich zum Rheinland und nach Süden verlagert. Es gibt ohne Zweifel Gruppen, die annehmen, die Vereinigung (beider Landesteile) würde diese vorteilhafte Situation zerstören und die wohlhabendere Westzone damit belasten, den ausgebeuteten Osten wieder aufzubauen. Es gibt auch Andeutungen dafür, daß die streng katholischen Gebiete, deren Einfluß durch die Teilung gewonnen hat, den Zustand einer vorwiegend protestantischen Bevölkerung nicht voll bewillkommen würden. Aber wenige Deutsche würden es wagen, sich öffentlich für den Status quo einzusetzen. Wie groß auch ihre privaten Zweifel sein mögen, sie würden zögern, sich als Deserteure vom deutschen Patriotismus zu brandmarken!"

Abschließend sagt McInnis, daß die beste Lösung für Deutschland und den Westen darin bestehe, dieses Land, "das nicht mehr ignoriert oder unterdrückt werden kann", in eine "freie Kooperation" mit dem westlichen Lager zu bringen, in der Deutschland aus reinen Zweckmäßigkeitserwägungen von sich aus fest verankert bleiben würde, "Wenn das erreicht werden kann", sagt er, "dann wird die Zukunft der freien Welt leuchtender sein, als sie viele Dekaden hindurch gewesen ist!"

+ + +

Der 22. Februar - Trauertag für die Rentner

H.R. Genau vor zwei Jahren, am 21. Februar 1952, wurden in der 145. Sitzung des Bundestages durch die Vertreter der Regierungsparteien die berechtigten Hoffnungen der Rentner und Invaliden zu Grabe getragen. Was war geschehen? Zur Debatte stand ein Antrag der SPD-Bundstagsfraktion (Drucksache 3024), in dem die Einsetzung einer Sozialen Studienkommission gefordert wurde. Bekanntlich sollte durch diese anzuberufende Studienkommission die schon lange fällige Form der Sozialversicherung in die Wege geleitet werden. Die SPD forderte, daß die Kommission "die gegenwärtigen sozialen Einrichtungen und Leistungen feststellen, die Möglichkeiten der Entflechtungen dieser Sozialleistungen und ihre Intensivierung prüfen und einen Plan der Sozialen Sicherung aufstellen und dem Bundestag unverzüglich vorlegen solle". Durch diese Kommission sollten die erforderlichen Grundlagen und Materialien für eine vernünftige und umfassende Gesamtreform erarbeitet werden.

Was aber geschah? Der Antrag der SPD wurde abgelehnt. In der Debatte ging man so weit und fragte, ob dieser Antrag nicht in etwa einem "Karnevalswitz" gleich käme. Wie immer, wenn es darum geht, Forderungen auf Hilfe für die Ärmsten abzulehnen, hatte man eine Patentlösung zur Hand. Die Regierungsparteien entschlossen sich, anstelle der geforderten Kommission einen weiteren beratenden Beirat beim Bundesarbeitsministerium zu schaffen. Und mit welchem Ergebnis? Der Beirat führt ein läßliches Schattendasein und nur Eingeweihte können ahnen, zu welchen Ergebnissen die Sachverständigen bisher gelangten.

Zwei wertvolle Jahre sind vergangen, ohne daß denen, die auf

der Schattenseite des Lebens stehen, wirksame Hilfe zuteil wurde. Wie lange sollen wir noch auf die versprochene Neuordnung warten? Denn versprochen ist sie schon lange. Bekanntlich hatte der Bundesarbeitsminister in der gleichen Sitzung des Bundestages versprochen, schon in der zweiten Hälfte des Jahres (1952) die Gesetzesvorlage über die Neuordnung der Sozialversicherung vorzulegen.

Altersrentner und Invaliden sind hilflos und wagen nur selten, an ihre bedrückte Lage zu erinnern. In Anbetracht der Tatsache, daß täglich Briefe und Klagen der Betroffenen, die oft die letzten Groschen ihrer kärglichen Rente für Porto in Anspruch nehmen, an alle möglichen zuständigen Stellen geschickt werden, und immer wieder darüber berichten, daß ihre Not nicht nur weiter besteht, sondern wegen der steigenden Lebenshaltungskosten ständig weiter zunimmt, ist die Gleichgültigkeit des Bundesarbeitsministeriums unverstänlich. Sicher läßt sich die Existenz des Seirates nunmehr anhand des Bundeshaushaltsplanes 1954, Einzelplan 11, in den Erläuterungen zum Untertitel 221 nachweisen, über seine Tätigkeit oder aber gar über den Fortschritt seiner Arbeit, wird weiter erfolgreich geschwiegen.

Zwei Jahre sind eine lange Zeit, besonders für einen Rentner, wenn er merkt, daß nichts getan wird, um ihm zu helfen. Oder soll er sich mit stoischem Gleichmut damit abfinden, und am 22.2., als dem Begräbnistag seiner Hoffnungen, in Trauerkleidung einhergehen?

+ + +

"Wir wollen wirklich freie Wahlen"

(sp) In mehreren, von der SED einberufenen Betriebsversammlungen hagelte es Zwischenrufe, als der SED-Redner die Konstituierung einer provisorischen Regierung forderte. Ein Zwischenrufer sagte dazu: "Wir wollen keinen Wechsel auf die Zukunft, sondern jetzt gut leben, wir wollen wirklich freie Wahlen". Diese Verlangen nannte der SED-Sprecher ein Argument des Klassegegners ...

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler